

Flüchtlingskrisen – Nichts Neues in Österreich. Ursachen – Verläufe – Auswirkungen

Veranstalter: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW-INZ); Institut für die Wissenschaft vom Menschen (IWM); Zentrum für Migrationsforschung (ZMF)

Datum, Ort: 30.09.2016, Wien

Bericht von: Hildegard Schmoller, Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung (INZ), Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW)

Die große Flucht- und Migrationsbewegung des Jahres 2015 nach Europa und im Speziellen auch nach Österreich war für Bőrries Kuzmany (Wien) der Anstoß für die Durchführung eines Symposiums, in dessen Fokus Flüchtlingskrisen in der Habsburgermonarchie und im heutigen Österreich standen. Der zeitliche Bogen spannte sich dabei vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Die Historisierung des Themas könne auch entlasten und ermögliche einen nüchterneren Blick auf die heutigen Probleme, so Kuzmany bei seinem Eröffnungstatment. Die Referent/innen erhielten im Vorfeld einen Fragenkatalog, der die Fluchtauslöser, die Umstände der Flucht, wer und in welcher Anzahl floh, Art der Einreise, Fragen der Aufnahme und Unterbringung, die Meinung und Reaktionen im Aufnahmeland und die Frage des Bleibens, Weiterziehens oder der Rückkehr behandelte.

Die erste Sektion moderierte JENS OLIVER SCHMITT (Wien), der Überlegungen zur gegenwärtigen Lage in Europa anstellte und die wissenschaftlichen Institutionen einem „Stresstest“ ausgesetzt sah. Die Wissenschaften können Antworten zur gegenwärtigen Lage bieten, müssten aber verhindern, Stichwortgeber für die eine oder andere politische Richtung zu werden.

JOVAN PEŠALJ (Leiden) eröffnete mit einem Vortrag über Fluchtbewegungen vom Osmanischen Reich in die Habsburgermonarchie vom Ende des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Während des gesamten Untersuchungszeitraums gab es Fluchtbewegungen, die sich im Rahmen von Kon-

flikten und internen Krisen intensivierten. Durch die Existenz der Militärgrenze konnte die Einreise in die Habsburgermonarchie klar geregelt werden und erfolgte über offizielle Grenzübergänge und Quarantänestationen. Die Flüchtlinge waren durchaus willkommen, da z.B. in Teilen Ungarns ein Bevölkerungsmangel herrschte. Auch gab es Migration in die entgegengesetzte Richtung, also von der Habsburgermonarchie ins Osmanische Reich, was jedoch noch ein Forschungsdesiderat darstelle.

MATTHIAS WINKLER (Berlin) präsentierte Ergebnisse seines Promotionsprojektes, in dem er sich mit der französischen Revolutionsemigration in die Habsburgermonarchie beschäftigt. Die Habsburgermonarchie sei trotz relativ restriktiver Immigrationsgesetzgebung aufgrund von Aushandlungsprozessen, komplexen Ausnahmeregelungen sowie systematischen Kontrolldefiziten zu einem Exilraum für die französische Revolutionsemigration geworden. Winkler stellte ein 3-Phasen-Modell vor, das im Laufe der Tagung noch mehrmals zur Sprache kam. Der ersten Phase, die durch die „Gesetze der Gastlichkeit“ gekennzeichnet sei, folgt nach einer Ausweitung der Fluchtbewegung die stärkere Reglementierung. Es findet ein Paradigmenwechsel statt. Die Dritte Phase zeichnet sich durch einen pragmatischen Umgang mit der Situation aus. Winkler konnte diese drei Phasen am Beispiel der französischen Revolutionsemigration deutlich zeigen. Diese Flüchtlinge kamen aus allen sozialen Schichten der Gesellschaft, aber Adel, Klerus und Militär (Offizierskorps) waren aufgrund der Stoßrichtung der französischen Revolution überproportional vertreten. Gerade diese brachten Fähigkeiten mit, die in der Aufnahmegesellschaft nachgefragt waren – Bildung und Prestige.

Im nächsten Panel stand Galizien im Fokus. BŐRRIES KUZMANY (Wien) widmete sich in seinem Beitrag den jüdischen Flüchtlingen, die aufgrund von antijüdischer Gewalt in Südrussland in den Jahren 1881/82 über die galizische Grenze nach Österreich-Ungarn flüchteten. Kuzmany gelang es den eingangs formulierten Fragenkatalog umfassend zu beantworten und damit Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen. Als Fluchtursache

waren die Pogrome schnell ausgemacht, die auch in der zeitgenössischen Diskussion als legitime Fluchtgründe gesehen wurden. Mittels Eisenbahn oder zu Fuß durch die Sümpfe und Grenzwälder kamen die Menschen nach Österreich-Ungarn. Es gab zwar ein Passregime zwischen Österreich und dem Zarenreich, dieses brach jedoch zweimal aufgrund des großen Ansturms zusammen. Brody, eine jüdische Stadt und ein wichtiger Handelsknotenpunkt zwischen Odessa und Leipzig, wurde zum „Hot-Spot“. Vor Ort als auch in europäischen Städten bildeten sich insbesondere jüdische Hilfskomitees. Diese Hilfskomitees und die internationale Solidarität wurden durchaus als Anreiz zur Flucht interpretiert. Zu den Pogrom-Flüchtlingen gesellten sich auch Ausreisewillige hinzu, die die Situation nutzten, um bei der Auswanderung Unterstützung zu bekommen. Die Hilfsorganisationen wollten die Flüchtlinge in den USA ansiedeln bzw. in Europa verteilen. Bei letzterem scheiterten sie, da es in den jüdischen Gemeinden keine Aufnahmebereitschaft gab und für viele Menschen nur die Rückführung nach Russland blieb.

KAMIL RUSZAŁA (Krakau) beschäftigte sich mit galizischen Flüchtlingen während der Zeit des Ersten Weltkrieges. Schon in der Frühphase des Ersten Weltkrieges wurde Galizien zum Schlachtfeld und die Russen eroberten die Hauptstadt Lemberg innerhalb kurzer Zeit. Eine Fluchtbewegung setzte ein und Teile der Zivilbevölkerung wurden, teils unter chaotischen Umständen, evakuiert. Die Flüchtlinge wurden auf mehrere Regionen des Habsburgerreiches verteilt. Es gab Lager von Wien bis Vorarlberg, Böhmen und Mähren bis in die Steiermark, Kärnten und Krain. Trotz der gleichen Staatsbürgerschaft wurden diese Menschen aufgrund der Sprache, der fremden Sitten und Gebräuche als Fremde wahrgenommen und von der Bevölkerung abgelehnt. In der schwierigen Versorgungslage des Krieges erschienen sie als Konkurrenten, die Anfeindungen ausgesetzt waren. Die Mehrheit der Flüchtlinge wollte wieder in ihre alte Heimat zurück, was sich aufgrund der großflächigen Zerstörungen in Galizien als nicht so einfach erweisen sollte. Rund 30.000 der sogenannten „Ostjuden“ blieben in Wien.

HANNELORE BURGER (Wien) rückte in ihrem Beitrag die Situation dieser „Ostjuden“ in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. In der Ersten Österreichischen Republik wurde dieser Personengruppe häufig die Staatsbürgerschaft verweigert, da sie nach Ansicht der Behörden „rassisch und sprachlich“ nicht der Mehrheitsbevölkerung entsprachen. Sie blieben staatenlos. Dies konnte in der Zwischenkriegszeit eine Existenzbedrohung darstellen. Aber die Staatenlosigkeit, im Übrigen ein Massenphänomen im Österreich der Zwischenkriegszeit, hatte nicht nur negative Effekte, da staatenlose Juden nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich von den „Arisierungen“ nicht betroffen waren, nicht den Nürnberger Gesetzen unterlagen und leichter ausreisen konnten. Doch nach Kriegsbeginn waren sie eine besondere Ziel- und Opfergruppe der Nationalsozialisten. Nach 1945 kehrten nur rund 5.000 Juden nach Österreich zurück, diese geringe Zahl kann auch als Folge einer verfehlten Staatsbürgerschaftspolitik gesehen werden. Die österreichische Staatsbürgerschaft erhielten nach 1945 nur jene, die auch vor dem „Anschluss“ 1938 diese Staatsbürgerschaft besaßen bzw. während der Kriegsjahre keine andere angenommen hatten. Erst Anfang der 1990er Jahre änderte die Republik Österreich ihre Politik grundlegend und die ehemalige jüdische Bevölkerung konnte die österreichische Staatsbürgerschaft ohne Aufgabe der bisherigen und ohne Wohnsitz in Österreich erhalten.

DIETER BACHER (Graz) und NIKLAS PERZI (Wien / St. Pölten) nahmen die schwierige Nachkriegssituation in Österreich in den Fokus ihrer Betrachtungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich auf dem Gebiet der Republik rund 1,6 Millionen sogenannte Displaced Persons (DPs) und Flüchtlinge. Schon vor Kriegsende war klar, dass die vielen zwangsversetzten Personen, die sich in Österreich aufhielten ein großes Problem für die Nachkriegszeit bedeuten würden. Einerseits sollten sie in ihre Herkunftsländer repatriert werden, was aber von den Betroffenen nicht immer gewollt war. Von sowjetischer Seite wurde versucht mittels Zwangsmaßnahmen die Menschen rückzuführen, was aber auf zunehmende Ablehnung

der Westmächte stieß. In Form von Emigrationsprogrammen sollte dieses „Problem“ aus der Welt geschafft werden. Mehrere tausend Zwangsarbeiter/innen blieben aber auch in Österreich. Zu den bereits in Österreich befindlichen DPs kam im Frühjahr 1945 noch eine große Anzahl geflüchteter und vertriebener sogenannten „Volksdeutsche“. Dieser unerwartete Flüchtlingsstrom stellte sowohl für die provisorische Regierung Renner als auch die Bevölkerung im zerstörten Österreich eine enorme Herausforderung dar. Die Aufnahme war gerade auch von politischer Seite nicht sehr wohlwollend. Perzi unterstrich, dass es vor allem die Zivilgesellschaft war, die sich um diese Personengruppe kümmerte, allen voran die Caritas. Auch die Alliierten weigerten sich die Lager der Volksdeutschen zu finanzieren. Im September 1945 entschieden die Alliierten, dass die Potsdamer Beschlüsse auch auf die in Österreich anwesenden „Volksdeutschen“ anzuwenden waren. In Folge wurden rund 220.000 Personen vornehmlich in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands verbracht. 1948 wurden diese Transporte wegen fehlender Aufnahmekapazitäten eingestellt. In Österreich verblieben letztlich ca. 300.000 „Volksdeutsche“. In beiden Referaten wurde die Frage, bis zu welchem Grad sich diese Personen in die österreichische Gesellschaft integrieren konnten bzw. integriert wurden, behandelt.

MAXIMILIAN GRAF (Wien) und SARAH KNOLL (Wien) beschäftigten sich mit Fluchtbewegungen aus kommunistischen Ländern. Flucht aus den kommunistischen Regimen stellte ein Dauerphänomen dar, das zwar trotz des Versuches der Abriegelung der Grenzen niemals völlig unterbunden werden konnte. Im Fokus ihres Beitrages standen die großen vier Massenfluchten, bei denen innerhalb weniger Wochen zigtausende Menschen nach Österreich kamen: die Fluchtbewegung im Rahmen des ungarischen Aufstandes 1956, die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968, die Krise in Polen und die Verhängung des Kriegsrechtes 1980/81 und der Massenexodus von DDR-Bürger/innen über die ungarisch-österreichische Grenze 1989. Österreich war in keinem der Fälle auf diese große Anzahl von Flüchtlingen vorbereitet. 1956 und 1968 war Österreich Erstaufnahme-

Transit- aber auch Aufnahmeland. Die anfänglich auch vom Antikommunismus der Österreicher getragene Aufnahmebereitschaft wich bald der Forderung nach internationaler finanzieller Unterstützung und der Verteilung der Flüchtlinge in Drittstaaten. Die Fluchtbewegung der Polen 1980/81 stieß in Österreich von Anfang an auf Ablehnung der Bevölkerung und auch des Boulevards. Durch die Einführung der Visapflicht wurde der Flüchtlingsstrom eingedämmt. Österreich wollte für diese Menschen nur Transitland und nicht Aufnahmeland sein. Dies war der große Unterschied zur Massenflucht von DDR-Bürgern im Sommer 1989. Hier war von Anfang an klar, dass diese Menschen nur ein Ziel hatten – Westdeutschland. Diesem Flüchtlingsstrom stellte man sich erst entgegen, als über die Grenze auch andere Kommunismus-Flüchtlinge, vor allem aus Rumänien, kamen. Graf und Knoll verwiesen darauf, dass die Bezeichnung Österreichs als „Asylland wider Willen“ durchaus seine Berechtigung habe.

HASAN SOFTIC (Salzburg) kam Anfang der 1990er-Jahre als Dreijähriger mit seinen Eltern als Flüchtling von Bosnien nach Enns in Oberösterreich. Dort gab es zu diesem Zeitpunkt bereits eine gut etablierte bosnische Community. In seiner Diplomarbeit widmete sich Softic der Entstehung dieser bosnischen Gemeinschaft, die sich ausgehend von ArbeitsmigrantInnen aus dem Dorf Orahova seit den 1960er-Jahren in Enns entwickelt hatte. Er zeigte die Bedeutung der verschiedenen Vereine und analysierte welche Veränderungen in dieser bosnischen Community durch die Ankunft der bosnischen Kriegsflüchtlinge in den 1990er-Jahren vor sich gingen. Besonders in Bezug auf die Religion konnte er starke Unterschiede aufzeigen. Für die Flüchtlinge war ihr muslimischer Glaube viel stärker zentraler Teil ihres Lebens, während sich die ArbeitsmigrantInnen nie wirklich als gläubig oder religiös verstanden hatten. Bemerkenswert ist, dass gerade bei der jüngeren Generation, die den Krieg nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, eine Rückbesinnung auf das Herkunftsland der Eltern und vermehrt auch auf den Islam festzustellen ist und eine Verbundenheit zu Bosnien und Herzegowina besteht.

Von DANIELA ANGETTER (Wien), HANNELORE BURGER (Wien), ARMINA GALIJAŠ und MAXIMILIAN GRAF wurden bei der von RITA GARSTENAUER (St. Pölten) moderierten abschließenden Podiumsdiskussion die präsentierten Tagungsbeiträge nochmals reflektiert und in Beziehung zur aktuellen Flüchtlingskrise in Österreich gesetzt. Es habe sich gezeigt, dass alle großen Kriege und Revolutionen mit großen Flüchtlingsströmen verbunden waren und dass sich bestimmte Grundmuster, z.B. die eingangs erwähnten drei Phasen – von anfänglicher „Willkommenskultur“ über den Versuch der stärkeren Reglementierung zur Abwehr bis hin zu einem pragmatischeren Umgang mit der Situation – durchaus wiederholen. Burger betonte, dass die „Europäische Werteordnung“ als Abwehr diene, da diese als bedroht angesehen werde, aber das Asylrecht, das „heilige Gastrecht“, sei ein primordiales Recht, das jedem kodifizierten Rechtskanon vorausgehe. Es sei ein Grundrecht unserer Zivilisation, das die heute viel beschworene „Europäische Werteordnung“ immer schon bestimmte – gleichsam vom ersten Tage an.

Die Tagung hat gezeigt, wie wichtig und notwendig die Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung gerade auch in der gegenwärtigen Zeit ist, und dass die Geschichtswissenschaft fähig ist, Antworten und Lösungsansätze für die Probleme unserer Zeit aufzuzeigen. Wünschenswert wäre eine Folgekonferenz, die sich vertiefend mit der Integration der hier angesprochenen Flüchtlingsgruppen in Österreich beschäftigt sowie die Rückwirkungen wie z.B. durch Transferzahlungen, Rückwanderungen, Qualifizierungen auf die Ursprungsländer in den Fokus nimmt.

Konferenzübersicht:

Wolfgang Mueller (Wien) / Börries Kuzmany (Wien): Eröffnung

Panel I

Jovan Pešalj (Leiden): Flüchtlinge an der habsburgisch-osmanischen Grenze im 18. Jahrhundert

Matthias Winkler (Berlin) Das Exil als wechselseitige Herausforderung – Französische Revolutionsemigranten in der Habsburgermonarchie

Panel II

Börries Kuzmany (Wien): Jüdische Pogromflüchtlinge in Österreich 1881/82 und die Professionalisierung der internationalen Hilfe
Kamil Ruszafa (Krakau): Verbannte vom Rande des Reichs. Galizische Flüchtlinge während des Ersten Weltkriegs

Panel III

Dieter Bacher (Graz) / Niklas Perzi (Wien/St. Pölten): Die Chance auf eine neue Heimat. Zwangsarbeiter, DPs und Vertriebene 1944–1950

Hannelore Burger (Wien): Heimat- und staatenlos. Zum Ausschluss (ost)jüdischer Flüchtlinge aus der österreichischen Staatsbürgerschaft in der Ersten und der Zweiten Republik

Panel IV

Maximilian Graf (Wien) und Sarah Knoll (Wien): Österreich und die Kommunismusflüchtlinge

Hasan Softic (Salzburg): Arbeit – Neubeginn – Flucht: Die Entstehung der bosnischen Community in Enns

Podiumsdiskussion

Moderation: Rita Garstenauer (St. Pölten)

Daniela Angetter (Wien) / Hannelore Burger (Wien) / Armina Galijaš (Graz) / Maximilian Graf (Wien)

Tagungsbericht *Flüchtlingskrisen – Nichts Neues in Österreich. Ursachen – Verläufe – Auswirkungen*. 30.09.2016, Wien, in: H-Soz-Kult 02.12.2016.